

RUND UM DEN ERDBALL

Bauern ohne Brot

— dafür neue Gefängnisse, politische Paraden und militärischer Drill — Im italienischen Dorf

Es war um Mitte Januar 1933. Wir befanden uns gerade in Neapel, als sich wie ein Lauffeuer die Nachricht von Bauernaufständen in der ganzen Umgebung verbreitete. Freilich, in den Zeitungen war kein Wort darüber zu lesen. Die italienischen Zeitungen schreiben und berichten über solche Vorgänge nicht. Aber man schreibt und berichtet über solche Vorgänge nicht. In einem Dorfe, hieß es, sollen zehn, im anderen Dorfe sechs Bauern erschossen worden sein. Wir beschloßen also, eine Wanderung durch einige Dörfer zu machen, um uns die Verhältnisse aus der Nähe anzusehen.

Neue Gefängnisse

Das erste, das uns auffiel, als wir das Dorf betraten, war ein großes Gebäude, das sich trotz von den kleinen, halbverfallenen Häusern abhob. Wir kehrten in eine Scheune ein, fragten den Wirt, wem denn dieses Gebäude gehöre und was es darstellte. Quert gab uns der Wirt keine Antwort. Man merkte, daß er eingeschüchtert war und kaum ein Wort zu sprechen wagte. Als er schließlich erkannte, daß wir Ausländer seien, lachte er allmählich vertrauen. Er blinzelte schon um sich und begann zu sprechen: „Schlechte Zeiten. Ich kann den Laden schließen. Kaum jetzt, daß jemand einsteht. Die Bevölkerung ist derart verarmt, daß keiner einen Arzt holen. Den Leuten fehlt nichts als Brot. Ja, das Brot ist bei uns selten geworden.“

„Und doch“, sage ich, „haben Sie ja hier ein neues Gebäude. Offenbar eine Schule?“

„Eine Schule? Wo denken Sie hin, meine Herren! Wir hatten früher eine Schule, aber die ist verlassen. Die Kinder können nicht in die Schule gehen, weil sie nichts zum Anziehen haben. Das neue Gebäude ist ein großes Gefängnis, das hier vor zwei Jahren errichtet worden ist. Hierher kommen die, die den Pächtern an den Großgrundbesitzer und die Steuern nicht abgeführt haben und bei denen nichts mehr zu pflanzen ist. Wohin das führen soll, weiß kein Mensch.“

„Warum geht's denn den Leuten so schlecht?“
„Weil — wie ich schon sagte — der Pächtern und die Steuern ungeheuer groß sind. Die Herren Großgrundbesitzer sitzen in den Städten und prahlen, während die Bauern sich fürchtbar rücken und kaum das herausbringen, was sie an die Großgrundbesitzer abführen müssen. Wir haben hier dreimal so viel Polizei und Gendarmerie, als wir früher gehabt haben, und das verschlingt Unsummen Geld.“

Militärischer Drill

„Gibt es hier eine faschistische Organisation?“
Wieder blinzelte der Wirt schon um sich: „Ja, das ist ja unser ganzes Unglück. Früher, als diese Leute noch nicht an der Macht waren, hatten sie uns versprochen, daß der Faschismus uns Glück und Wohlstand bringen wird. Heute zwingen sie uns, an militärischen Übungen teilzunehmen, sie sind eine Geißel. Man ist vor ihnen seines Lebens nicht mehr sicher. Als vorige Woche hier zwei Bauern das Vieh aus der Stube weggeführt worden ist, da tat sich das ganze Dorf zusammen. Wir versammelten uns vor dem Gemeindefaß und forderten vom Bürgermeister Einstellung der Plänkungen und Vereitelung von Lebensmitteln. Bald aber waren die Carabinieri mit einem Pöbelhufen zur Stelle. Sechs Bauern wurden erschossen, zehn liegen schwer verwundet und mehrere mußten ins Gefängnis.“

Der Wirt hätte vielleicht noch weiter erzählt, aber in dem Moment trat ein Gendarm die Wirtsstube. Er warf uns durchdringende Blicke zu und forderte uns schließlich zur Ausweisung auf. Als wir uns genügend ausgewiesen hatten, machte er uns aufmerksam, daß wir ohne besondere Bewilligung nicht durch die Dörfer streifen dürfen.

Wir hatten vorläufig genug. Wir hatten einen richtigen Eindruck davon gewonnen, wie es den Bauern geht im ersten Jahre der faschistischen Diktatur, der Proklamierung des italienischen „Dritten Reiches“.

„Gruß aus dem Dritten Reich“

Eine bestialische Nazi-Bluttat im Laboratorium der Arbeiter-Krankenkasse

Wien, 5. Februar. Gestern haben die Nazis wieder einmal einen Beweis ihrer entsetzlichen Bestialität geliefert. Gegen 2 Uhr nachmittags kam ein etwa 26 bis 30jähriger Bursche in den Arbeitsraum der Frau Dr. Wollner des heimischen Laboratoriums der Arbeiter-Krankenkasse, 7. Bezirk, Währingergasse 16, und verlangte eine Blutuntersuchung.

Als die Ärztin sich umwandte, zog der Bursche ein brechesches Zentimeter langes Sägemesser und verlegte Frau Dr. Wollner mit den Worten: „Ich komme vom braunen Frau! Grüße aus dem Dritten Reich!“ vier wichtige Etage in den Rücken.

Frau Wollner hatte die Westgegend, zwei Fingerringe mit Safirfäule gegen den Burschen zu schleudern und ihn festzuhalten. Dann brach sie Blutüberflutungen zusammen, während der Täter entkam.

Frau Wollner ist die Verfasserin des Schauspielers „Leutnant Komma“ und „Die Weiber von Jambori“ sowie zahlreicher Romane, durch die sie sich den Ruf der braunen Wörbänder erworben.

Sie wurde bereits mehrere Male von unbekanntem Burschen attackiert, auf die Straße zu kommen. Als sie sich tatsächlich hinausbegab, rückte der Mörder ihre Unwissenheit zur Ausführung seiner Tat. Nach seiner Flucht wurde im Haupte auch ein Zettel mit den Adressen bekannter Schriftsteller gefunden. Die Nazis scheinen hier einen Pogrom vor allem unter den jüdischen Lesern beabsichtigt zu haben.

Die „Schüler der Frauenwürde und Frauenehre“, greifen zu immer niederträchtigeren Mitteln, um ihre Wörbänder auszuüben zu können. Das Befinden der Frau Dr. Wollner wird von den Ärzten als günstig bezeichnet. Sie gab auch bereits eine Personenschilderung des Täters.

„Sieben Fischer ertrunken“

Paris, 6. Februar. Als am Sonntag bei Boulogne zur Meer acht Fischer in einem Boot an Land rudern wollten, wurde das Boot plötzlich led und ging unter. Die acht Leute sprangen ins Wasser. Infolge der Kälte erlitten sieben von ihnen einen Herzschlag, noch ehe Hilfe eintraf. Der achte Fischer konnte gerettet werden.

Schiffsunfälle an der französischen Westküste

Paris, 6. Februar. Westlich des Kanals ist dichter Nebel. Bei Welt ist ein englisches Petroleumschiff gestrandet. Es konnte sich dann aber selbst wieder flott machen. Der griechische Dampfer „Ellin“ ist westlich von Beach Head gestrandet. Der spanische Dampfer „Mistraleros“ liegt mit dem schwedischen Dampfer „Nagara“ zusammen und erlitt schwere Beschädigungen am Bug. Er mußte eingeschleppt werden.

Der brasilianische Passagierdampfer „Kranakusa“ lief am Sonnabend bei Rio Grande auf einen Felsen und sank. Sämtliche 100 Passagiere und die Besatzung konnte gerettet und an die Küste gebracht werden.

Den Ehemann lebendig begraben!

In dem ungarischen Dorf Grogörös hat eine Bäuerin ihren Mann, der ihr bei einer Erbfolgsangelegenheit hinderlich war, nachts gefesselt, auf den Hof geschleppt, in eine

offene Grube geworfen und ihn lebendig begraben. Das schaurige Verbrechen wurde von einer Waga beobachtet, die den Verfall den Behörden meldete. Die gerichtliche Untersuchung ergab tatsächlich, daß der Mann, als er begraben wurde, noch gelebt hat.

Drei Monate im Polareis verschollen

— und wieder aufgefunden

Moskau, 4. Februar. Nach einem Junfrunss aus Murman ist das Motorschiff „Albatros“, das seit November 1932 vermisst wurde, endlich mit seiner Besatzung gefunden worden. Auf Veranlassung des Chefs der Luftstreitkräfte der Sowjetunion wurde eine Expedition entsandt, um die Besatzung des „Albatros“ nach Murman zu bringen. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Die Wildwasser der Argen bei Wangen im Allgäu traten über die Ufer und überfluteten Kilometerweit das Acker- und Weidenland. Die Eisenbahn haben sich zu Wälfen von ein bis zwei Meter Höhe aufgeschichtet.

Die Kältezeit des Jahres hat weiter an, jedoch ist die Masse der ausgesetzten Dana nur gering. Auch die letzten Erdflöhe haben im Laufe des Sonntags angehalten.

Für die Bedürfnisse der Massen

Aufschwung der Leichtindustrie in der UdSSR. — Erfolge der Konfektions- und Schuhindustrie

Leningrad. In der zweiten Januardekade haben die Konfektionsfabriken des Truffs „Leningrad Dschelba“ besser gearbeitet als in der ersten Dekade. Die größten Fabriken haben sogar den Plan überboten: die Fabrik „Koschewitsch“ und „Krasny Schnejn“ — um 10,8 Prozent, „Kosmofabrik“ — um 7,2 Prozent, die Fabrik „Münzenberg“ — um 5,2 Prozent, „Krasnaja Robotniza“ und die Fabrik Nr. 1 — um 4 Prozent und die Fabrik „Wolodarst“ — um 0,5 Prozent.

Die beste Planerfüllung in 20 Januar Tagen hat die Fabrik „Münzenberg“, die Frauen- und Kinderkonfektion liefert, zu verzeichnen. In zwei Dekaden hat die Fabrik Produktion für 202.700 Rubel geliefert gegenüber 1.864.000 Rubel laut Plan, das ist 107 Prozent des Planes.

Im ersten Quartal muß die Fabrik „Münzenberg“ ihr Arbeitsprogramm bedeutend erweitern und 46 neue Arbeiterstimme einführen. In der ersten Januardekade hat der Truff „Leningrad Dschelba“ den Plan zu 91,2 Prozent erfüllt, in der zweiten Dekade zu 96,4 Prozent. Insgesamt wurden in den ersten 20 Januar Tagen Produktion im Werte von über 13 Millionen Rubel geliefert.

„Storochob“, die Maschinenfabrik der Schuhindustrie, hat gleich von den ersten Tagen des zweiten Fünfjahresplans ein hohesweiliges Arbeitstempo entwickelt. In den ersten 20 Januar Tagen wurden 60.185 Paar Schuhe, das ist eine Planerfüllung von 100,2 Prozent, und außerdem des Plans 1265 Paar Schuhe geliefert. Dieser Sieg gehört nicht nur den Storochob-Arbeitern, sondern auch den Storochob-Betriebern des Lederbetriebs „Komintern“, der eine zeitige Belieferung der „Storochob“-Fabrik mit Leder-

Das schönste Kind der Sowjetunion



In der Sowjetunion fand kürzlich ein Kinderschönheitswettbewerb statt, bei dem die sechsjährige Ludmila Otopal als schönstes typisch russisches Kind anerkannt wurde.

Im roten Blitzlicht

Der Sektgenuß — so konstatiert eine Zeitung — ist in Deutschland auch im letzten Jahre nicht zurückgegangen. Im Gegenteil, es sei sogar ein Aufschwung im Verbrauch ausländischer Weine zu konstatieren.

Man sieht: es gibt in Deutschland noch genug Leute, die Mittel genug haben, auch in dieser schweren Krise sich Sekt und teure ausländische Weine nicht verlagern zu müssen.

Die Zahl der Bälle und Redouten hat gegenüber früheren Jahren nicht abgenommen. Das Wochenende brachte in Berlin eine Fülle solcher Bälle. Frads und Zolinder, elegante Kostüme, Maßenerverbrauch an Sekt, Tringelagen in großem Maßstabe — kurz, alles ist in vollem Gange.

Wer mit den Schmeppern, daß wir uns mitten in einer furchtbaren Krise befinden, in einer Krise, wo Millionen und aber Millionen hungern? ...

Mittags wohnte der Expremierminister des Staatsbegründers des Sowjetlandes, Wladimir Iljitsch Lenin, im Dom bei. Er unterhielt sich mit Göring und Goebbels, was viel bemerkt wurde ...

Am Nachmittage wohnte der Expremierminister wiederum dem Berliner Reitturnier bei. Er war, nicht wie am Vortage in Anisobodens, sondern in Uniform erschienen. Er unterhielt sich in sehr angeregter Weise mit Gitta Alpar, was beim Publikum große Aufmerksamkeiten hervorrief.

Mittags beim Begräbnis nachmittags beim Reitturnier. Mittags unterhält er sich mit Göring und Goebbels, nachmittags mit Gitta Alpar. Einmal in Anisobodens, das andere Mal in Uniform ...

Im Stillen Ocean müht seit Freitag ein Teifun. Sowjetrussische Funktionäre empfangen zahlreiche S.D.S.-Rufe, die von Dampfern ausgingen, die sich in großer Senot befanden. In einigen Fällen konnte Hilfe geleistet werden.

Aus Moskau wird gemeldet, daß in Leningrad der Bau eines Staatsphärenzirkons fertiggestellt wurde. Der erste Flug soll Ende Mai erfolgen.

Für die Bedürfnisse der Massen

Aufschwung der Leichtindustrie in der UdSSR. — Erfolge der Konfektions- und Schuhindustrie

Leningrad. In der zweiten Januardekade haben die Konfektionsfabriken des Truffs „Leningrad Dschelba“ besser gearbeitet als in der ersten Dekade. Die größten Fabriken haben sogar den Plan überboten: die Fabrik „Koschewitsch“ und „Krasny Schnejn“ — um 10,8 Prozent, „Kosmofabrik“ — um 7,2 Prozent, die Fabrik „Münzenberg“ — um 5,2 Prozent, „Krasnaja Robotniza“ und die Fabrik Nr. 1 — um 4 Prozent und die Fabrik „Wolodarst“ — um 0,5 Prozent.

Die beste Planerfüllung in 20 Januar Tagen hat die Fabrik „Münzenberg“, die Frauen- und Kinderkonfektion liefert, zu verzeichnen. In zwei Dekaden hat die Fabrik Produktion für 202.700 Rubel geliefert gegenüber 1.864.000 Rubel laut Plan, das ist 107 Prozent des Planes.

Im ersten Quartal muß die Fabrik „Münzenberg“ ihr Arbeitsprogramm bedeutend erweitern und 46 neue Arbeiterstimme einführen. In der ersten Januardekade hat der Truff „Leningrad Dschelba“ den Plan zu 91,2 Prozent erfüllt, in der zweiten Dekade zu 96,4 Prozent. Insgesamt wurden in den ersten 20 Januar Tagen Produktion im Werte von über 13 Millionen Rubel geliefert.

„Storochob“, die Maschinenfabrik der Schuhindustrie, hat gleich von den ersten Tagen des zweiten Fünfjahresplans ein hohesweiliges Arbeitstempo entwickelt. In den ersten 20 Januar Tagen wurden 60.185 Paar Schuhe, das ist eine Planerfüllung von 100,2 Prozent, und außerdem des Plans 1265 Paar Schuhe geliefert. Dieser Sieg gehört nicht nur den Storochob-Arbeitern, sondern auch den Storochob-Betriebern des Lederbetriebs „Komintern“, der eine zeitige Belieferung der „Storochob“-Fabrik mit Leder-

chrom-Hochstoff sicherstellte. Auch die Werte „Krasny Trugolnik“ ließen keine Wünsche in der Belieferung der Fabrik mit Gummitroffen entstehen.

In Leningrad ist der Bau einer großen Milch- und Käsefabrik in Angriff genommen.

Die Fabrik wird mit den neuesten Pasteurisationsapparaten von einer Kapazität von 8000 Litern Milch stündlich ausgerollt werden, und wird außer pasteurisierter Milch Rahm und Quarkfäße liefern. Die Inbetriebnahme wird Anfang März stattfinden.

Im Irkut wird der Bau von 7 Betrieben der Nahrungsmittelindustrie beendet. Darunter zwei Karamelfabriken in Swerdlow und Perm mit einer Jahreskapazität von 80.000 Tonnen Karamellen. Eine Makkaronifabrik in Tscheljabinsk mit einer Leistungsfähigkeit von 17.000 Tonnen Makkaroni jährlich, zwei Milchfabriken in Swerdlow und Tscheljabinsk, zwei Fabriken für alkoholfreie Getränke (eine davon in Magnitogorsk).

Sechs Betriebe werden im zweiten Quartal zur Produktionsaufnahme bereit sein.

Die Leningrader Konferenzfabrik „Rischschewitsch“, hat die Konfektionierung der Murmanfetter Heringe in Tomaten begonnen. Die Fabrik „Rischschewitsch“ kann täglich 15.000 bis 20.000 Konfekturbüchlein herstellen.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

GEWERKSCHAFT Vom Streik zur Volksbewegung

Die tschechischen Bergarbeiter unter Führung des roten Verbandes
Von J. Tomajáts, Tschschlowawetz

Seit dem 4. November haben die Roffisch-Dolomaner Bergarbeiter in den roten Gewerkschaften, 500 in den reformistischen und heftig gegen das tschechische Unternehmertum und den Lohnraub. Das Roffisch-Dolomaner Komitee besitzt vier Schächte und Koteerien mit 250 Mann Belegschaft. Vor dem Streik waren die Bergarbeiter folgenbemerken organisiert: Insgesamt 300 in den roten Gewerkschaften, 500 in den reformistischen Gewerkschaften, 400 in den tschechischen und tschechischen Gewerkschaften, ungefähr 250 waren unorganisiert. Alle Bergarbeiter ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit streikten einmütig und jetzt im Streik und sind gewillt, diesen bis zu ihrem letzten Atemzuge durchzuführen.

Schon vom Anfang des Streiks wurde in Roffisch-Doloman die Taktik der breiten Einheitsfront von unten und der Entlarvung der Mäntler und Spaltungsstaktik der reformistischen Führer eingeschlagen. Bei Ausbruch des Streiks erklärten ihn die reformistischen Führer als „wilden“ Streik. Als sich aber der Streik einmütig mit uns von den Kohlenbaronen der Lohn abgehandelt, einheitlich streikten wir, einheitlich werden wir Verhandlungen abhalten und einheitlich entscheiden. Was mit den Spaltungen des einheitslosen Kampfes. Als offizielle Verhandlungen werden wir uns verweigern, welche vom zentralen Streikkomitee oder den Streikführern der Schächte einberufen werden.“

Dadurch wurde erzielt, daß die von den reformistischen Führern zur Spaltung des Streiks einberufenen Verhandlungen von vornherein unmöglich gemacht wurden, denn jeder Bergarbeiter war sich dessen bewußt, daß jeder der eifrig den Bergarbeitern helfen will, seine feine Verhandlung einberufen wird, sondern daß er auf die großen offiziellen Kundgebungen der Streikenden kommt, und dort seinen Standpunkt zur Weiterführung des Streiks vertreten wird. Dieses Mäntler der reformistischen Führer wurde entlarvt und ihre Absicht, durch Einberufung Heinerer Sonderverhandlungen die einheitslose Streikfront zu spalten, im Keime erstickt.

Nachher schritten die reformistischen Führer zur offenen Verhöhnung und Hohn gegen den Streik, was aber eine noch größere Empörung unter den Bergarbeitern gegen sie zur Folge hatte und zur weiteren Festigung der Kampfeinheit von unten führte. Nachdem sich die reformistischen Führer bemühten und einen Druck auf die reformistischen Arbeiter dahingehend ausübten, damit sie aus den Streikauslöschungen austreten, gelang ihnen dies nicht und die Bergarbeiter streikten ohne Unterschied ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit unter der Führung der roten Gewerkschaften bereits die achte Woche einheitslich im Streik, welcher sich heute zu einer breiten Volksbewegung der Bergarbeiter, Arbeiter, Erwerbslosen, der kleinen Geschäftleute und wertigen Bauern entwickelte. Gleich zu Beginn des Streiks wurde eine breite Solidaritätskampagne organisiert. Zu diesem Zweck wurde in der Landeshauptstadt Brünn ein Komitee aus den Kreisen der wertigen Intelligenz und der Arbeiter geschaffen und in einem Aufruf an alle Arbeitenden die zur Solidarität und zur aktiven Hilfe für den berechtigten einheitslosen Verteidigungskampf der Roffisch-Dolomaner Bergarbeiter aufgefordert. Die wertigen Intelligenz und die Brünner Arbeiter beteiligten sich durch ihre Vertreter an den Kundgebungen der Streikenden im Komitee und die streikenden Berg-

So geht's bei „feinen Leuten“ zu: Millionen Stihlfigelder für die „notleidenden“ Junker — Dem Landproleten wird die Hälfte feines Hungerlohns abgezogen! Landarbeiter, wählt nur rote Gutsräte!

So aber wird der Landprolet behandelt!
(Landarbeiterfortsetzung)

Ich arbeite auf dem Rittergut „Im Polleben, habe eine arbeitslose Familie zu ernähren. Dann sind zwei arbeitslos, bekommen keinen Pfennig Geld und ich ver-



Die können lachen: Osthilfe gibts reichlich unter der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung

diene mit meiner Tochter wöchentlich 12 M. Soll dann wöchentlich an die Regierung 650 M. für Hypothekenzinsen bezahlen. Und weil sie Angst haben, vor mir gibt es nichts, haben sie dem Arbeitgeber aufgegeben, mir von meinen 12 M.

Landarbeiter! So sieht es im künftigen „Dritten Reich“ aus! Das sind die „feinen“ Leute, die den Landarbeitern und ihren hungernden Kindern das Letzte wegnehmen, während den Großgrundbesitzern Millionen in den Rachen geworfen werden, die sie in Luxusbädern verpressen! Antwortt ihnen und den Reformisten, die ihnen den Weg bereiten: Auf jedem Gut wählt rote Gutsräte! Schließt die Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus!

650 M. gleich am Samstag abzugeben und ich behalte noch 5,50 M. Dann sollen wir leben und noch häusliche Schulden bezahlen. Ich lege die Lohnzettel bei, bitte dies sofort zu veröffentlichen.

Abrechnung der Lohnzettel für den Vater:

Lohn für sechs Tage	11,76 M.
Sicherung ab: Invalidenversicherung,	
Krankentasse, Erwerbslosenfürsorge	2,21 M.
Brotgeld	2,75 „ 4,96 „
bar ausbezahlt:	6,80 M.

Abrechnung der Lohnzettel für die Tochter:

Lohn für sechs Tage	6,80 M.
Invalidenversicherung, Krankentasse, Erwerbs-	
losenfürsorge	1,47 „
bar ausbezahlt:	5,33 M.

Vater und Tochter verdienen also in sechs Tagen bei aus-
sicht 12,13 M.
Auf meinen Antrag um Stundung der Erich der Zinszah-
lungen erhielt der Landarbeiter vom Regierungspräsidenten in
Merseburg ein Schreiben, das wir auszuweihen übergeben:
„Ihren Antrag vom 4. d. Mts., Sie von Ihrer Verpflichtung
zur monatlichen Zahlung von 26 M. zu erlösen, gebe ich nicht
zu. Meine angelegten Ermittlungen haben ergeben, daß Ihr
Sohn S. keine Entlassung selbst ausfinden kann.“

Da Sie und Ihre Tochter noch verdienen, muß es Ihnen
möglich sein, Ihre Verpflichtung zur Zahlung von 26 M.
zu erfüllen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie in dem Falle, daß
Sie eine Mittelung begehren würden, auch ein Akte von
etwa 20 M. aufrufen müßten. Wenn ich aus fernestgen die
ausgesprochenen Schwierigkeiten verfolge, so halte ich es
bei einigermaßen gutem Willen für durchaus mög-
lich, nachzukommen. Ich weise Sie darauf hin, daß Hunderte von
Landarbeitern, die teilweise erheblich höhere Zinsen- und Zins-
raten aufzubringen haben, deren Verdienst aber geringer ist als
der Ihrer Familie, ihren übernommenen Verpflichtungen bisher
pünktlich nachkommen sind. Sollten Sie Ihren Antrag, von der
übernommenen Verpflichtung erlöst zu werden, aufrecht
halten, betrachte ich dies als gleichzeitige Kündigung des von
Ihnen benötigten Grundfonds...

Ich habe Ihren Hebelgeber gebeten, den Lohnzettel von
26 M. monatlich aus weiterhin vorzunehmen.

Nicht zu früh jubeln, Herr Kommissar!

Ein Nachwort zu den DMB-Wahlen in Halle

Im sozialdemokratischen „Volksblatt“ nimmt der vom
Hauptstadtdirektor des DMB für die Ortsverwaltung Halle eingeleitete
Kommissionen Zensur an ein Jubelstich darüber an, daß es zum
erstenmal seit langen Jahren gelungen ist, die oppositionelle Dis-
ziplin im DMB Halle zu befestigen. Dazu ist zu bemerken,
daß Tenagen wirklich keine Ursache hat, seinen „Sieg“ zu feiern
und daß es einfach die Unwahrscheinlichkeit ist, wenn er festhält, daß die
DMB-Kollegen in Halle „nimmich zur Vernunft gekommen“ seien.
Die Opposition hat auch heute noch in den Hallischen Bez-
irken die überwiegende Mehrheit erhalten. Das
Stimmverhältnis in den ländl. — von den Reformisten für einen
besseren Wahlverlauf neu aufgemessenen — Bezirken ist fol-
gendes:

Opposition 339, Amtsdamer 275 Stimmen.

Das Gesamtergebnis fällt daher so günstig für die Amtsdamer
aus, weil man die frühesten selbständigen Ortsverwal-
tungen Merseburg und Dürrenberg (dem Sitz der
DMB-Verbandsleitung) nach Halle einverleibt hat, um
durch diese sicheren reformistischen Positionen die Mehrheit zu er-
langen.

Es muß festgestellt werden, daß Tomajáts in Merseburg als

auch in Dürrenberg durch eine tschechische innergewerkschaft-
liche Arbeit den Reformisten das Feld in einem Aus-
maß überlassen wurde, welches bei klarer grundsätzlicher Auf-
stellung und bei systematischer, zielbewusster Beeinflussung durch
die Opposition nicht hätte eintreten dürfen. Auch die Resultate
in Halle hätten noch besser sein können, wenn nicht die unklare
den Reformisten zugute kommende brandenburgische Politik
und deren jahrelanger Kampf gegen die Gewerkschaftsliste der
KPD Verwirrung und Enttäuschung in die Reihen der
revolutionären Metallarbeiterführer hineingetragen hätte.

Schwächen und Fehler, die nur durch intensivierte Ver-
stärkung unserer Fraktionsarbeit im DMB beseitigt werden
können.

Jetzt heißt es in der Generalversammlung des DMB
Halle, zu der ja nun die Vertreter gewählt worden sind, klar und
grundsätzlich die Linie unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit
aufzuzeigen. Auch bei der Wahl der engeren Ortsver-
waltung dürfen diese Grundsätze unter keinen Umständen ver-
misslich werden. Nur dadurch wird es möglich sein, den mit den
oben gekennzeichneten Mitteln erlangenen reformistischen Einfluß in
der Organisation des DMB Halle zurückzugewinnen und auch die
übrigen, nicht-hallischen Kollegen von der Wichtigkeit der Ar-
gumente der Gewerkschaftsopposition zu überzeugen.



BEI JEDER
DEMONSTRATION
KAMPFBROSCHÜREN

Arbeiter wiederum beteiligten sich durch Entsendung von Mann-
deputierten an den Solidaritätskundgebungen in Brünn. An
den großen Solidaritätskundgebungen mit über 500 Bergarbeitern
erhielten in Brünn beteiligten sich über 500 Bergarbeiter mit
ihren Frauen, die den 25 Kilometer weiten Weg nach Brünn als
Deputation zu Fuß zurücklegten.

Diese breite Solidarität ermöglichte es, daß während des
ersten Wochen anbauenden Streiks über 1000 tschechische
Kinder, über 500 Zentner Lebensmittel, 600
Kinder der Streikenden bei Arbeitsfamilien von Brünn
ausgegeben untergebracht und im Komitee durch fünf
und Umgehung täglich über 3000 Mittageisen ausgegeben
werden konnten.

Die Solidarität der kleinen Geschäftseute
und wertigen Bauern im Streikerte entfaltete sich zu einem
einfachen gemeinsamen Kampf gegen die Steuererhöhung, für die
Aufhebung der einkommenabhängigen Steuern und
Bereits auf der ersten Konferenz des November 1932
Bolltes im Roffisch-Dolomaner Komitee, wählten 70 Delegierte der
Landbau, waren unter den 550 Delegierten der
kleinen Geschäftseute und Bauern.
Der Streik der Roffisch-Dolomaner Bergarbeiter hat sich unter

der Führung der roten Gewerkschaft und der KPD über die Köpfe
aller übrigen Gewerkschaften und Parteien hinweg zu einer maß-
gebenden Volksbewegung aller Wertigen des Komitees
entwickelt. Mit Zustimmung der reformistischen Führer haben die
Unternehmer den Bergarbeitertreue zu einer Preisfrage ge-
macht, indem sie erklärten: „die Kommunisten dürfen die
vielen Streik nicht gewinnen“, denn dies würde bedeuten,
daß das ganze Komitee den Kommunisten auszuliefern und dies
würde ein weiterer größerer Anstoß für den Kampf der übrigen
Wertigen in der ganzen Republik gegen die Hungeroffensive
der Unternehmer. Zu diesem Aufruf wurden alle Kräfte der Unter-
nehmer, der reformistischen Bürokratie und der Staatsmacht zur
Verhöhnung des Streiks organisiert. Der zentrale Streikaufruf
wurde aufgesperrt und alle seine Mitglieder verhaftet. Doch inner-
halb zwei Stunden marschierten 3000 Bergarbeiter mit ihren
Frauen vor dem Gerichtshaus, in dem die Mitglieder des zen-
tralen Streikaufrufs gefangen gehalten wurden, auf und unter
dem Druck der feindlichen Demonstrationen der
streikenden Bergarbeitern mußten die Behörden die verhaf-
teten Streikteilnehmer freilassen.

Am 8. Januar 1933, d. h. in der zweiten Woche des Streiks,
 fand eine neue Einheitskonferenz des arbeitenden Volkes des
Roffisch-Dolomaner Komitees statt, auf welcher 647 gewählte Dele-
gierte vertreten waren.

Reformistische Gewerkschaften und ganze Ortsgruppen prole-
tarer Streikaufrufs reformen gebildet der reformisti-
schen Führer und fordern die Ausbreitung des Kampfes auf die
übrigen Komitee.

Da die Kohlenbarone gleichzeitig einen Vorstoß gegen die Berg-
arbeiter im Komitee bandlos unternahmen, so für einen Lohn-
abbau von 15 Prozent forderten, traten am 7. Januar die

Bergarbeiter von Handlona einheitslich in den
Streik.

Gleich nach Neujahr schritten die Unternehmer des nordböh-
mischen Komitees zur Entlassung vieler Arbeiter auf Grund
eines geheimen Paktes, welchen sie im Dezember 1932
mit den reformistischen Führern hinter den Rücken der Berg-
arbeiter abgeschlossen hatten, um so einen Kampf unmöglich zu
machen und damit die Bergarbeiter des Roffisch-Dolomaner Komitees
in ihrem Kampf allein bleiben. Doch auch dies wird ihnen nicht
gelingen, denn in Nordböhmen fand am 8. Januar eine Ein-
heitskonferenz in Brünn statt, an der 250 Delegierte von
50 Schächten vertreten waren. Diese Einheitskonferenz beschloß,
am 9. Januar einen einmütigen Demonstrationen-
streik gegen die Entlassung und gegen den geheimen
Pakt und für den Sieg der Roffisch-Dolomaner Bergarbeiter durch-
zuführen. Zu diesem Zweck wurde eine Demonstration im Min-
isterium für öffentliche Arbeit entworfen, um dort die Forderung der
nordböhmlischen Bergarbeiter zu überreichen. Erweitert sich dieser
Druck aus ungenügend, dann wird ein einmütiger Demonstrationen-
streik und ein Marsch des gesamten Komitees nach Brünn durchge-
führt.

Auch in Kladno und Ostrau fand am 8. Januar eine Berg-
arbeiterkonferenz der roten Gewerkschaft statt, wo gleichfalls Be-
schlüsse zur Mobilisierung der Bergarbeiter gegen die Angriffe
der Kohlenbarone und für die Unterbrechung der streikenden Roffisch-
Dolomaner Bergarbeiter gefaßt wurden.

In der Tschschlowawetz entfaltete sich eine große kämpferi-
sche Volksbewegung aller Arbeiter gegen die
Hungeroffensive der Unternehmer, der Regierung und der
reformistischen Führer entwickelte.

Schmiedet Kampfeinheit der Arbeiterchaft Halle!

Die Arbeiter fordern die Herstellung der Einheitsfront auf betrieblicher Grundlage / Der Einheitsausschub der Betriebsräte tritt erneut an den ADGB zur Führung von Verhandlungen heran!

Die hallischen Arbeiter und Arbeiterinnen führen in diesen Tagen eine rege Diskussion über die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterchaft. Die Tatsache, daß die bolschewistische Bourgeoisie zu einem Durchbruch auf die Lebenshaltung und auf die weichen Rechte der Arbeiterchaft übergegangen ist und daß in den letzten Tagen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der SA viele kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zu Boden sanken, hat nicht nur die Erregung aller Arbeiter auf höchste gehiebert, sondern hat vor allem den Willen zur Herstellung der Einheitsfront im härtesten Maße entfacht. Alle Arbeiter sind sich darüber im Klaren, daß eine einheitliche Kampfeinheit des Proletariats die ihr Fundament in den Betrieben hat, in übriger Hinsicht ist es ihr Bewußtsein eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Erzeugung der Fragen der Fortsetzung der Einheitsfront gerade die Haltung der Betriebsarbeiter von entscheidender Bedeutung ist. Eine proletarische Einheitsfront ohne Mobilisierung der Betriebsarbeiterchaft ist eine Unmöglichkeit. Dieser Tatsache wird sich auch kein sozialdemokratischer Arbeiter verschließen.

Von diesen Erwägungen war auch die Haltung des Einheitsausschusses der hallischen Betriebsräte bei den Verhandlungen mit der Eisernen Front bestimmt. Der „Klassenkampf“ hat am Sonnabend einen Appell des Einheitsausschusses der Betriebsräte an die Arbeiterchaft von Halle veröffentlicht, in dem auch die Gründe genannt werden, warum die Freitag-Verhandlungen zwischen dem Einheitsausschub und den Vertretern der Eisernen Front scheiterten. Am Sonntag vormittag tagte im „Volkspartei“ eine Funktionärskonferenz der Eisernen Front, die ebenfalls zu den Verhandlungen Stellung nahm und in der die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Einheitsfrontverhandlungen ausschließlich auf der Haltung der SPD gescheitert seien. In dem Bericht des „Volkspartei“ heißt es wörtlich:

„Am Freitag fanden die Verhandlungen statt. Sie mußten beiderseitig nach 5 1/2 stündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden, weil auch nicht die allerwichtigsten Voraussetzungen zur Herstellung einer einheitlichen Arbeiterfront auf Seiten der SPD vorhanden waren.“

Welches sind nach Meinung der Führer der Eisernen Front diese allerwichtigsten Voraussetzungen zur Herstellung einer Einheitsfront? Das „Volkspartei“ vom gestrigen Montag erklärt:

„Wir jedes weiß, daß schon die ganzen Jahre hindurch ein maßlos gefährlicher Kampf gegen die proletarischen Organisationen in der kommunistischen Presse und seitens der kommunistischen Redner.“

Die Führer der Eisernen Front haben am Freitag von den Vertretern des Einheitsausschusses eine schriftliche Erklärung gefordert, in welcher sie von dem angeblichen geschlossenen Kampf der Kommunisten gegen die Arbeiterchaft und ihre Organisationen abriden sollten. Die Vertreter der Eisernen Front mochten den Vorwurf, einen „Nichtanerkennungspakt“ abzuschließen. Was die angebliche geschlossene Schreibweise des „Klassenkampf“ anbelangt, so erklären wir hier, daß das sozialdemokratische „Volkspartei“ nicht nur nicht darauf ist, der kommunistischen Presse einen solchen Vorwurf zu machen, sondern sie vielmehr bereit ist, eine solche Erklärung dafür, daß die Verleumdungen der SPD-Presse einen die kommunistische Partei und ihre Führer viel härterer Art sind als die polemische Kritik des „Klassenkampf“ an der Politik und den Handlungen sozialdemokratischer Führer.

Was bedeutet die SPD mit einem sogenannten Nichtanerkennungspakt, der die Grundlage zur Herstellung der Einheitsfront darstellen soll?

Die SPD-Führer verlangen von den Kommunisten, daß sie über die arbeitertreue Haltung der SPD-Führer zu sprechen kommen sollen. Es soll die SPD zur Abwehr Hindenburgs aufgerufen sein mit der Behauptung, daß dadurch der Nationalismus in Deutschland zurückgeschlagen würde. Die kommunistische Presse soll darüber schweigen.

Daß der sozialdemokratische Parteipräsident Krüger am Sonnabend eine gemeinsame Demonstration der Eisernen Front und der kommunistischen Partei und ihre Führer, die die demokratischen Arbeiter auseinanderzerrümpelt sich.

So könnten wir unzählige Beispiele für die arbeitertreue Haltung

Ältere Angestellte fliegen auf die Straße

Mit welchen Methoden die Warenhauskapitalisten ihre Rationalisierungsmaßnahmen gegen die Angestellten durchzuführen, ist weiß folgendes: Am 11. Januar 1933 tagte in Berlin eine Geschäftsführerkonferenz eines Warenhauskonzerns. Es wurde dort festgelegt, sich von den älteren Angestellten zu trennen und den Gehaltsbestand gleichzeitig von 15 auf 25 Prozent zu erhöhen. Bei der Kündigung auch langjährig beschäftigter Angestellte könne auf die sozialen Bedürfnisse der Angestellten keinerlei Rücksicht genommen werden. Die „Mittel“ des Konzerns liege so groß, daß diese Maßnahmen voll beherzigt sind. Den Herren Aktionären sind ihre Dividenden noch nicht hoch genug, sie müssen wieder einmal einen großen Anschlag auf die Angestellten machen. Die älteren Angestellten sind zu teuer, mit jungen Lehrlingen kann man mehr verdienen. Man rechnet sich aus.

Eine ältere Angestellte verdient im Monat brutto ungefähr 180 bis 140 Mark. Ein Lehrling nur 20 bis 30 Mark. Die Differenz fließt der Unternehmer ein. Bei einer Erhöhung des Gehaltsbestandes um 15 Prozent ist das ein ganz nettes Stümmchen.

Die Lehrlingenden sind dabei wieder nur die Angestellten. Wer nimmt heute eine ältere Angestellte? Sie können stempeln gehen. Nach ihrem Hunger fragt dabei niemand. Und wenn die Lehrlinge in drei Jahren „ausgereit“ haben, fliegen sie genau so aufs Mittel.

Was nun dagegen die Angestelltengewerkschaften? Sie helfen im gewissen Sinne den Unternehmern noch bei dieser Maßnahmen. In sogenannten Betriebsausbildungskursen und Berufswettkämpfen bringen sie den Jugendlichen total bei, daß sie noch einiger Zeit sich in einem Geschäft eingearbeitet haben. Von einem Lehrling kann dabei keine Rede mehr sein. Und die Unternehmer nutzen das natürlich aus und nehmen nur solche Lehrlinge, die schon eine gewisse „Vorbildung“ haben.

Nur wenn diese Angestellten gemeinsam mit der Arbeiterchaft kämpfen gegen die Angriffe der Unternehmer, wenn sie erkennen, daß nur dieser gemeinsame Kampf zum Erfolge führt, wird ihnen auch geholfen sein. Die kommunistische Partei und die ADGB sind die Organisationen, die die Kämpfe aller Ausgebeuteten organisieren und führen. Darum muß jede und jeder Angestellte mithelfen, daß diese Kämpfe erfolgreich sind.

Politik sozialdemokratischer Führer aufzuheben. Kein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter wird verlangen, daß über diese Tatsachen der Mantel der Bescheidenheit gedekt wird. Im Gegenteil! Im Interesse der Einigung aller Arbeiter auf dem Boden des unerschütterlichen Klassenkampfes ist die Herstellung und Anparung solcher reaktionärer Handlungen der SPD-Führer eine zwingende Notwendigkeit. Wenn die Führer der SPD, die unter dem Druck des Einheitswillens der sozialdemokratischen Arbeitermassen mit den Vertretern der revolutionären Betriebsräte Verhandlungen führen müssen, auf einen solchen unmöglichen „Nichtanerkennungspakt“ bestehen, so ist das nur der Beweis dafür, daß sie trotz ihrer angeblichen „Klassenfront“ nicht auf die Herstellung der wirklichen Voraussetzungen einer proletarischen Einheitsfront — nämlich der Mobilisierung aller Betriebsarbeiter — herumblicken zu können!

In diesem Sinne hat auch der Betriebsarbeiter Genosse Naumann in der Funktionärskonferenz der „Eisernen Front“ gesprochen. Das „Volkspartei“ behauptet, daß die Ausführungen des Genossen Naumann, der an den Verhandlungen als Betriebsvertreter teilgenommen hat, auf Widerspruch gelassen seien. Tatsache ist aber, daß keine Ausführungen bei einem großen Hall sozialdemokratischer Arbeiter großen Eindruck machten. Genosse Naumann hätte, die Haltung ihrer Führer beurteilt, und dafür als Kronzeugen den „Kommunisten“ König vom ADGB anführt. König hat mit dem Kommunismus und mit der kommunistischen Partei nicht das geringste zu tun. Und wenn Herr Naumann in der „Eisernen Front“ Veranlassung sich in seinen Besprechungen gegen die kommunistische Partei erging, so ist das auch noch kein Beweis für die obige Behauptung des „Volkspartei“.

Der Einheitsausschub der hallischen Betriebsräte appelliert an die gesamte hallische Arbeiterchaft, sich durch keinerlei Bemühen der SPD-Führer und auf der Stempelstelle abdringen zu lassen. Die Einheitsfront der hallischen Arbeiterchaft wird sich nicht durch die Politik der SPD-Führer und der Kommunisten

SPD-Arbeiter, was sagt ihr dazu?

So verleumdet die SPD-Presse die Führer der kommunistischen Partei und der Komintern!

Die hallischen SPD-Führer stellen die Behauptung auf — wobei sie vom „Volkspartei“ selbst unterstützt werden — daß es nur die „geschlossenen Schreibweise“ des „Klassenkampf“ gegen die SPD seien, die die Bemühungen zur Herstellung einer Einheitsfront erfolglos sind. Wir behaupten demgegenüber, daß die sozialdemokratische Presse sich auf dem Gebiet der Verleumdungen und Verleumdungen der Führer der SPD und der Komintern niemals irgendwelche Beschränkungen auferlegt hat. Die einzige Beispiele:

Der „Klassenkampf“ verleierte sich am 23. Januar folgende ungeheuerliche Verleumdungen des Genossen Stalin und der Sowjetunion:

„Stalin, der Mann, der rücksichtslos über Leichen geht (so kürzlich erst über diejenige seiner eigenen Frau), will dem Meteorbezug trauen, als er sich das aufgehaut zu haben, was er für eine sozialistische Weltanschauung hält. Wie die westliche und mittelasiatische Arbeiterchaft geschlagen, so müßte er befehligen, daß andere Länder Anhalt in der Erziehung des Sozialismus vornehmen. Also spalten, damit Anhalt der erste im Westen ist, auf die Gefahr, daß die sozialistische Idee darunter leidet.“

Diese schamhaften Verleumdungen sollen indirekt belegen, daß Stalin seine jüngst verlorbene Frau ermordet (!) hat und daß die ganze Politik der Sowjetunion sich auf der Spaltung (!) der internationalen Arbeiterklasse beruht.

Die „SN“ für Ausrottung des Bolschewismus

Die „Hallischen Nachrichten“ lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, um immer wieder ihre „politische Neutralität“ herauszutreiben. Wer aber dieses Blatt genau verfolgt, wird feststellen können, daß es ganz eindeutig — wenn auch sehr oft in verschleierte und verdeckter Form — für den Nationalismus Partei ergreift. Im Sonnabend veröffentlichte die „SN“ einen Leitartikel über den Aufbruch der Hitler-Regierung. Wie sehr dieser Sympathie die „SN“ die Unterdrückungsmaßnahmen dieser Regierung gegen das wertvolle Volk, besonders aber gegen die Arbeiterklasse begreifen, zeigt folgendes Zitat:

„Dieser Aufbruch ist eine Rundgebung, die den Parteifaracter nicht verleugnet, er ist ein Appell an das Gefühl und als solcher von harter Jugendlichensart. Vor allem in den Zeiten, wo von der Überwindung der bolschewistischen Gefahr die Rede ist, darf die Reichsregierung allgemeine Zustimmung sicher sein. Auch sonst ist in dem Aufbruch vieles, was sich jeder Bürger gern bekennen wird. In der Liebe zum Vaterland, in wahrhaft nationaler Empfinden, in dem glühenden Wunsch, das Reich einig wieder frei und mächtig zu sehen, sind alle Deutschen einig.“

„Die Überwindung der bolschewistischen Gefahr“ — daran ist den Redakteuren der „SN“ sehr viel gelegen! In welchen Formen diese „Überwindung“ vor sich geht, das haben die letzten Tage schon deutlich bewiesen! Nicht nur das bevorstehende Verbot der SPD und aller revolutionären Organisationen, nicht nur die Formen der Unterdrückung und Zensurmaßnahmen sind die Demonstrationen, Verleumdungen und Zeitungserfolge sind die Formen der Unterdrückung des Sozialismus! Die Methoden der SA spielen hierbei die Hauptrolle. „Schlagt die Bluthunde des Bolschewismus“ — so lautet die Parole der SA in Halle. „Ausrottung des Bolschewismus“, das heißt Kampf gegen das gesamte Proletariat in Deutschland, das heißt blutiger Vernichtungskrieg gegen Millionen von Arbeitern!

Und das alles begründen die Redakteure der „SN“: Diese „neutrale“ Zeitung ist doch einverstanden, wenn gegen Millionen von Arbeitern das Ausnahmegericht verhängt wird. Sie ist damit einverstanden, daß gegen die Arbeiterchaft ein blutiger Terror entfesselt wird!

Die „SN“ stellen sich offen und deutlich auf die Seite des Nationalismus. Die „SN“ ist unterwerflich nicht! Die Arbeiter, die diese Zeitung noch mit ihren Groschen mitunterhalten,

terstärkt wird und muß zustandekommen! Der Wille der Arbeiter für den einheitlichen Kampf wächst von Tag zu Tag! Die politische Situation erfordert von der Arbeiterchaft zähes und entschlossenes Handeln!

Die Vertreter des Einheitsausschusses der Betriebsräte machen dem ADGB und sämtlichen Gewerkschaften erneut folgende Vorschläge zur Bildung der Einheitsfront der Arbeiterchaft:

1. Am Mittwoch werden in allen hallischen Betrieben Belegschaftsversammlungen durchgeführt und Delegierte zu einer allgemeinen hallischen Betriebsdelegiertenkonferenz gewählt. In den Versammlungen wird gleichzeitig beschlossen, am Donnerstag die Betriebe eine Stunde vor Arbeitsschluß zu verlassen.
2. Am Sonnabend wird die allgemeine Betriebsdelegiertenkonferenz für Halle durchgeführt und der zentrale Kampfausschub gewählt.
3. Am Donnerstag wird bei vorzeitigem Arbeitsschluß eine gemeinsame Demonstration der hallischen Arbeiterchaft unter Führung des Einheitsausschusses der Betriebsräte und des ADGB durchgeführt.

Auf der Grundlage dieser Vorschläge wird der Einheitsausschub der Betriebsräte die Verhandlungen erneut aufnehmen. Die hallischen Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied der Partei müssen darauf bestehen, daß nicht auf der Grundlage solcher Kompromisse oder irgendwelcher Verleumdungen, sondern auf der Grundlage eines wirklichen Kampfwillens die Einheitsfront der Arbeiterchaft geschaffen wird!

Was sich hier Bergstolz und Fransen gelehrt haben, stellt eine Beschimpfung des gesamten Weltproletariats dar.

Das hallische „Volkspartei“ schrieb im vorigen Jahr während der Präsidentschaftswahl über den Genossen Thälmann folgendes:

„Edwin Thälmann ist der aufgeschaltete Laibstheil von der Führer für die Dummen, der Vertrauensmann der Moskauer Draufzieher.“

Über andere Führer der SPD schrieb das „Volkspartei“:

„Der Typus des gewöhnlichen und charakterlosen Verleumdungs, ein defektes Bourgeoischneidwerk aus reißenden häßlichen Familie.“

Was sagen die SPD-Arbeiter zu einer solchen in selbstherrlicher gehaltenen Beschimpfung der Führer der kommunistischen Partei? Diese Schreibweise gegen die kommunistische Partei hat das „Volkspartei“ bis auf den heutigen Tag beibehalten.

Wir haben die Beispiele nur angeführt, um allen SPD-Arbeitern zu zeigen, daß gerade das „Volkspartei“ und der „Klassenkampf“ nicht die geringste Verleumdung haben, über die kommunistische Presse herzugehen und die Schreibweise des „Klassenkampf“ zu kritisieren. Wir erklären, daß wir zu jeder Zeit die arbeitertreue Handlungen der SPD-Führer in sachlicher aber politischer Form anpreisen werden und die Maßnahmen der kommunistischen Verleumdungen, wie sie in der SPD-Presse an der Tagesordnung sind, ablehnen!

Das „Schönste auf der Welt“

U.S. In Halle erhebt ein Kirchenblättern für die „Barus-Gemeinde“. Dieses Blättchen enthält eine rege Kolumne für den freiwilligen Arbeitsdienst. In der Januar-Nummer gelang dies in folgender Weise:

Aufzutun zum freiwilligen Arbeitsdienst für Mädchen!

„Der freiwillige Arbeitsdienst hat mich von Stumpfheit errettet, ich lerne mich freuen auch an der unbeschäftigten Arbeit. Gleich von der ersten Stunde an im freiwilligen Arbeitsdienst kam ein Glücksgefühl über mich, und ich freute mich von einem Tag zum andern auf die Arbeit und das Zusammensein, das ist eine von den vielen Leistungen der Freude, die von jungen Mädchen, die im freiwilligen Arbeitsdienst gekannt haben, geschrieben worden sind.“

Nun muß der Kreisverband evangelischer Jungmädchener eine Halle (Saale) verlassen, aus einer Anzahl hallischer Mädchen zu neuer Arbeitsfreudigkeit zu verhelfen. Der freiwillige Arbeitsdienst soll stattfinden im Domgemeindehaus, Al. Klausstraße 12. Dauer 10 Wochen.

Anfragen und Anmeldungen sind persönlich zu richten an Frau Kalle, Ankerstr. 14. Sprechstunde: Montag und Donnerstag von 9-10 Uhr.

Was gibt es nichts Schöneres auf der Welt als unbeschäftigte Arbeit? Wozu braucht man noch einen Lohn? Der evangelische Jungmädcherverein ist längst zu der Auffassung gekommen, daß der Lohn für geleistete Arbeit eine völlig unerlässliche Sache ist. Wenn allgemein keine Löhne mehr bezahlt würden, dann würden auch alle Arbeiter von jenem „Glücksgefühl“ befallen, wie diese evangelischen Jungfrauen.

Wir Arbeitsmädcheln sind leichter genug, zu erklären, daß wir diesen „freiwilligen Arbeitsdienst“ ablehnen und für Arbeit bei vollem Tariflohn kämpfen.

Ausnahmegesetz gegen die KPD

Zum Schutze des Kapitals

Die neue Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“

Kämpft um die Freiheit der Arbeiterklasse!

Die heute veröffentlichte, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes regelt in ihren Abschnitten 1-3 die Voraussetzungen, unter denen öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge verboten oder aufgelöst, periodische Druckschriften beschlagnahmt oder verboten und Sammlungen zu politischen Zwecken unterlagt werden können.

Sammlungen zu politischen Zwecken

Die Obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Scheckspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gassen oder Versammlungsstätten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden; das Verbot kann auf einzelne Sammlungen bestimmter Vereinigungen beschränkt werden. Sammlungen, die in Versammlungen oder im Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisationen beschränken, sind zulässig.

Versammlungen und Aufzüge

Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind stattdessen 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Disziplinargeschichte anzumelden. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung erteilt werden, wenn die Versammlung nach dem Inhalt nichts anderes bestimmen, die Disziplinargeschichte.

Ausgenommen sind Versammlungen nicht politischer Art.

Öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden.

- 1. wenn in ihnen zum Angefaßten gegen Geld oder rechtskräftige Verfügungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der versammlungsleitenden Regierung oder der Behörden aufgeföhrt oder angezweifelt wird oder
2. wenn in ihnen Degrad., Einschüchtern, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder
3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft oder öffentliche Versammlung, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder
4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgeföhrt oder angezweifelt wird,
5. wenn sie nicht angemessen sind, wenn sie verboten sind aber nicht durch die Behörden der Anmeldebehörde öffentlich abgelehnt oder nicht einer Auflage umwidert werden.

Die Befugnisse politischer Beauftragter in öffentlichen Versammlungen.

Der Reichspräsident kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einseitiger Kleidung, die die Jugendgefährdung zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

Verammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden

- 1. allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile,
2. in übigen nur im Einzelfalle.
Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.
Hat der Reichspräsident dem Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Abänderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde nicht, so kann er das Verbot aufheben.

Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden aus folgenden Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können,

- wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den §§ 1-4 des Gesetzes gegen den Verfall militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen herbeigeföhrt wird;
wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgeföhrt oder angezweifelt wird oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden;
wenn in ihnen zu einem Generalaufstand oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgeföhrt oder angezweifelt wird;
wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden;
wenn als verantwortlicher Schriftsteller dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 jenseitig dem Verbot oder bekannt ist, der nicht oder nur mit beiderseitiger Zustimmung oder Genehmigung freischreitend verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbotes darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht übersteigen. Die Befristung ist jedoch nicht zulässig, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung bereits beschlagnahmt worden ist, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird.

Verfolgung verbotener Druckschriften

Wer vorläufig oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhalts herstellt, verbreitet oder abzugeben vorzuzug vorhält, auf denen zur Verhinderung des Umpostens die in den §§ 6 und 7 des Reichsgesetzes über die Briefe vom 7. Mai 1917 angeführten Angaben über Drucker, Verleger, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bestraft ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, wenn jedoch die Schrift

- 1. das Verbrechen des Hochverrats oder
2. ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Redakteure (§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 18. Dezember 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 549), oder über verbotene Druckschriften (§ 18 dieser Verordnung) oder
3. eine nach den §§ 110 bis 112 des Strafgesetzbuches oder nach § 15 dieser Verordnung strafbare Verurteilung oder Verurteilung begründet wird.



Bilder vom „Staatsbegräbnis“, das für den Führer des Mordstrahms 33 am Sonntag in Berlin durchgeführt wurde. — Links: Hitler, rechts: der neue Minister Goering mit dem Kronprinzen, der auch auf Wiedereinstellung hofft.

„Gazetten dürfen nicht generiert werden“

Goebbels erklärte im „Angriff“ vom 1. September 1932, an die bekannten Ausprägungen des Reichs II. antwortend: „Gazetten (Zeitungen) dürfen nicht generiert (verfolgt) werden... Niedriger hängen, damit alle es lesen können.“

„Und jetzt? Jetzt werden von der Regierung Nazistatler und Nazistatler die „Gazetten“ auf nationalsozialistische Art „generiert“, und zwar die Gazetten, die Zeitungen der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei. Die Hitler-Regierung verbietet eine kommunistische Zeitung nach der anderen, 18 Zeitungen der KPD sind gegenwärtig verboten. Die Hitler-Regierung erläßt jetzt eine Diktaturverordnung mit härtester Pressezensur. „Niedriger hängen, damit sie alle lesen können“ — älteste Propaganda. Und nun verbieten die Hitler- und Goebbels die KPD-Briefe, damit eben das, was die kapitalistische, arbeitervfeindliche Hitler-Regierung tut, nicht niedriger gehängt wird, damit die Massen das nicht sehen und nicht die volle Wahrheit erfahren und, wer hätte, wer hätte, in welcher Organisation sie auch sind, oder ob sie parteilos sind, wollen sie auch von der Hitler-Regierung die Augen verbunden lassen? Damit die desto leichter an den Wangen des Kapitals gelöst werden können? Arbeiter, Werktätige, nur die KPD-Briefe lag euch die Wahrheit, nur sie tritt für die Interessen der Arbeiter, Angeleiteten, Kleinbauern und Mittelständler ein — deshalb KPD-Briefe, die die schärfste Pressezensur durch die kapitalistische Diktaturregierung Hitlers, Rupens und Gungendens.

Arbeitsdienst demonstriert gegen Hitler

(Eig. Drahtl.) Saarbrücken, 4. Februar. Am nahen Reichsgrenzgebiet beschloßen die Jugendlichen von drei Arbeitsdienstlagern gegen die Hitler-Regierung zu demonstrieren und eine Versammlung durchzuführen.

Über von dem Vorstandsmitglied des Vorrates von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der in § 20 Abs. 1 Nr. 1-8 des bezeichneten Strafgesetzbuches begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein dieses Druckschriften-Vorrates der Behörde noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Die in seinem Besitz oder Gewahrsam gelangten Stücke der Druckschrift hat er unverzüglich der Polizeibehörde abzuliefern.

Wer es unternimmt, die Anzeige oder Ablieferung rechtzeitig zu hemmen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Straffrei sind nur Familienangehörige und Geisteskr.

Schlußhaft

Wer in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81 bis 86, 92, Nr. 1 des Strafgesetzbuches, oder den §§ 1-4 des Gesetzes gegen den Verfall militärischer Geheimnisse strafbaren Handlungen oder eines Hochvertrats oder Bergens liegt, das mit einer Beweise gehen ist, oder dessen Strafbarkeit durch unbedenkliche Führen einer Beweise oder unbedenkliche Erweisen einer Beweise begründet wird, kann in Ansehung der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden.

Schließung von Lokalen und Druckereien

Es gibt die Möglichkeit zur Schließung von Räumlichkeiten, die als Sitzplätze für politische Strafen benutzt werden. Er bestimmt u. a. Räumlichkeiten, von denen aus eine Mehrheit von solchen, aus politischen Beweggründen oder zu politischen Zwecken Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen hat, oder von denen nach den Umständen zu befürchten ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelplätze oder Sitzplätze für Gewalttätigkeiten benutzt werden oder in denen Schriften strafbaren Inhalts hergestellt oder zum Zwecke der Verbreitung vorräufig gehalten werden, können polizeilich geschlossen werden, wenn die für die Dauer der Inverfügbarkeit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Verhinderung der Gefahr der Wiederholung solcher Taten erforderlich ist.

Die in solchen Räumlichkeiten gelagerten Waffen können polizeilich beschlagnahmt und eingesperrt werden. Handelt es sich um eine Waffe oder Schantzwaffe, so kann die Erlaubnis zum Betreten von der Disziplinargeschichte bis zur Dauer von einem Jahr entzogen werden.

Wer eine solche geschlossene Räumlichkeit vor Aufhebung der Schließung benutzt oder anderen zur Benutzung einläßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Geiß- oder Schantzwaffen, die wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften rechtskräftig zurückerhalten worden sind, kann für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer der Inverfügbarkeit im Sinne des Gefängnisgesetzes vom 28. April 1930 abgehoben werden.

Es enthält folgende Schlußvorschriften: Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen erläßt der Reichspräsident des Innern. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften dieser Verordnung erlassen. Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbetriebe handelt, von dem Reichspräsidenten des Innern, soweit es sich um Landesbetriebe handelt, von den Landesregierungen bestimmt. Diese Notverordnung hebt die Versammlungs- und Pressefreiheit vollständig auf, sie stellt alles, was in ihrer Beziehung unter Weimung und unter Papen verordnet wurde, in den Schatten.

Wie haben die Nazis über sich in Worten gegen die politischen Notverordnungen Erklärungen und Rupens gemacht! Jetzt, zur Regierung gekommen, erlassen sie noch nicht ungeschwächte Notverordnungen. Sagen das allen bisherigen wertigen Nazis hängern! Fragt sie, ob sie das billigen!

Die neue Notverordnung ist voll und ganz gegen die Kommunistische Partei gegen die antifaschistische Einheitsfront des Kampfes gerichtet. Unter dieser Anbelung sollen die Kommunisten erfolgen.

Über die Massen des wertigen Volkes können sich ihre Briefe, ihre letzten politischen Rechte nicht rauben lassen. Diese letzten Briefe Notverordnung soll die Massen des wertigen Volkes aus dem Schatten führen.

Zum Kampf gegen die schärfste Reaktion, zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!

KPD ruft zum Massenstreik

Gegen die Mordhete, gegen faschistischen Terror (Eig. Drahtl.) Berlin, 7. Februar.

Geleitern sprach in einem Schlußwortungsanstalt der kommunistische Abgeordnete Genosse Friedl vor Vertretern der Briefe über die Haltung der Kommunisten in der gegenwärtigen Lage. Friedl schärfte einleitend, welche Formen der Terrorpolitik gegen die KPD bereits angenommen hat. Es ist anzunehmen, daß sich dieser blutige Unterdrückungssektang noch weiter steigern wird. Die KPD rechnet auch mit der Möglichkeit, daß ihre Wohlfahrten noch vor dem Abschluß annulliert werden. Aber auch ohne dieses konnte nicht mehr von freier Wahl gesprochen werden, angesichts der Einschränkung und Anbelung der Propagandamöglichkeiten, die jetzt übrigens von denen durchgeführt werden, die sich selbst immer als schärfste dagegen warden.

Genosse Friedl wandte sich dann gegen die blutigen Mordhete, daß sie nicht mehr die Arbeiterklasse zum Massenstreik und zum einheitlichen Einzug ihrer Massenkräfte aufruft.

Advertisement for 'Weiße Zähne: Chlorodont' toothpaste.

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.



Dienstag, den 7. Februar 1933

Mißstände im GDA-Arbeitsdienstlager Königswiel

(Jungarbeiterkorrespondenz)
 Im Königswiel befindet sich ein geschlossenes Arbeitsdienstlager des GDA. Die dort herrschenden Zustände verdienen es, einmal der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Im Lager befinden sich 28 Kameraden. Der Lagerführer geht gegen diese mit großer Brutalität vor. Bei den geringsten Anlässen werden Entlassungen verweigert. Die Jungarbeiter werden damit beschäftigt, Schleusenregulierungsarbeiten durchzuführen. Dieser schweren körperlichen Arbeit sind die meist aus den Büros kommenden Jungarbeiter nicht gewöhnt. Einige Kameraden des Lagers sind dauernd krank. Der Tagesrhythmus im Lager ist nach militärischen „Ordnungen“ geregelt. Früh 6.30 Uhr heißt es aufstehen. Auf Kommando wird Kaffee getrunken und dann geht die Jungarbeitergruppe nach der einige Kilometer entfernten Lagerküche in Bewegung. Die Waggons sind nicht besetzt. Munterbrochen wird dann bis 14 Uhr gearbeitet. Gegen 14.30 Uhr gibt es wieder etwas zu essen. Das Essen ist sehr mangelhaft, ist sogar ungenießbar. Die Küchenarbeit wird immer von einem Kameraden aus dem Lager verrichtet. Auch die Wurst, die zur morgigen Belohnung ist meistens ungenießbar. Es befinden sich darin Schweineborsten, Holzsplitter, Knochenstücke usw. Es scheint so, als wenn diese Wurst nur für das Arbeitsdienstlager hergeteuelt wird.

Der Lagerführer legt uns bei den geringsten Vergehren Geldstrafen auf, die bis zu einem Wert von 50 Pfennig angesetzt werden können. Jung und durchgesehen wird abends der Aufenthaltssaum aufgeschütt. Fast alle Fenster in diesem Raum sind undicht. Heizungsmaterial wird sehr knapp zugeteilt. Kein Wunder, daß wir Jungarbeiter dauernd erkälte sind. Aber mehr, wenn sich ein Kamerad krank macht. Sofort heißt der Lagerführer, „Seht den Kerl“, „fauler Kerl“ usw. Einem Kameraden, der sich wegen einer schweren Erkrankung zum Arzt begeben hatte, erklärte der Lagerführer, daß er entlassen sei. Nach dem Grund der Entlassung befragt, wurden ihm Schläge angeboten. Er mußte das Lager verlassen.

Bei der Abrechnung wurden zwei Wochenlöhne einbehalten. Ebenso wurde die Zahlung des verprochenen „Spargeldes“ verweigert. Besonders schlimm ergeht es den Kameraden, die fünf Minuten zu spät zum Urlaub zurückkommen. Zur Strafe läßt man sie Hundstang im Freien stehen. Auch all diesen Schikane zeigen jedoch die Jungarbeiter der Lagerführung die Zähne. Ein Befehl, aufzufing gegen alle diese Maßnahmen den Kampf aufzunehmen, wurde geteilt.

Hungernde Kinder rufen zum Kampf

(Kinderkorrespondenz)
 Leuchern, 5. Februar 1933.
 „Liebe Redaktion, „Klassenkampf“!
 Es hat uns sehr gefreut, daß Ihr letzter Artikel veröffentlicht hat. Wir wissen, daß die Not bei uns noch größer geworden ist. Es gab keine Winterhilfe. Am 1. Februar ist sogar noch Untersützungsgeld durchgeführt worden. Eine vierköpfige Familie, die bisher 15.000 Mark Untersützung bekam, bekommt jetzt noch 1.500 Mark weniger. Wir haben uns in unserer Vaterstadt mit dem Abbau beschäftigt und sind zu dem Schluß gekommen, allen Arbeitern zu sagen, daß sie sich das nicht gefallen lassen dürfen. In unserer Schule sind schon über 100 Kinder an Diphterie erkrankt. Zwei davon sind schon gestorben. Das ist ja auch kein Wunder. Die meisten bekommen nur einmal am Tage etwas zu essen. Fast alle Arbeiterkinder sind unterernährt. Die von den Kommunisten verlangte Schulspeisung ist noch immer nicht eingeführt worden. Wenn wir sie aber nicht bald bekommen, machen wir alle Kinder der Schule zum Kampf mobil.
 Noch ein paar Worte zu unseren Eltern, die, selbst Mitglieder an der Regierung sind, sich über die Lage nicht freuen. Eigentlich sollen sie uns weismachen, daß es nun besser würde. Der Tod spielt wieder eine größere Rolle. Bei der geringsten Gelegenheit schlagen die Lehrer auf uns ein. Davon werden wir aber nicht satt. Alle Kinder sind der Meinung, daß die von den Nazis in die Welt gespritzte Bombe ein großes Glück für uns sein wird. Wir wissen, daß wir nicht über durch unsere Briefe waschild mit Kindern in der Sowjetunion, daß es dort keine Prügel gibt. Dort sind die Lehrer Erzieher und Kameraden und lieben alles, was die Kinder wissen wollen. Erst wenn das auch in Deutschland der Fall ist, werden wir aufhören zu kämpfen. Selbst bereit.“

So weit die Aufschrift der Arbeiterbriefe. Sie zeigt, daß selbst die Kinder großes Verständnis für die Kämpfe der Arbeiterklasse aufbringen und ermahnt alle Arbeiterkinder, sich einzusetzen in die kämpfende Breitensfront, um Hunger, Not, Elend und tatsächlichen Terror zu beenden.

„Schwarze Sularen“ provozieren

M.A. Bitterfeld. Seit einiger Zeit sieht man auch in Bitterfeld schwarze uniformierte Leute in den Straßen herumlaufen, die sich höflich „Schwarze Sularen“ nennen. Sie dienen der Unterführung unserer mit anderen Dingen gehörend beschäftigten Polizei. Ausgehoben werden diese Leute von Hausbesitzern und Geschäftsläden, die nicht wissen, wo sie ihr Geld anlegen sollen. In einer Hausbesitzerdelegation, die dieser Tage im „Kriegsministerium“ stattfand, wurden sie besonders empörend, Leben und Eigentum des Hausbesitzer zu schänden. Kopfgeld monatlich 1.50 bis 3.50 Mark. Sie haben der Beitrag, um so mehr wird, „Sehen Sie mal“, sagte ein Hausbesitzer, „wenn man jetzt so abends nach Hause geht, da kann einem doch alles nicht passieren. Denken Sie dabei auch an Ihre Kinder, die vielleicht bei ihrem Heimweg eine dunkle Straße passieren müssen. Wenn da so ein „Schwarzer“ da ist, da braucht man seine Angst mehr zu haben. Weiter wird Schanden und Kranten geschlagen.“

Bestens aber wurde darauf hingewiesen, daß die „Schwarzen Sularen“ erst Hindernisse (?) der Erwerbslosen Gut und Eigentum beschützen. Da also liegt der Hebel im Pfeffer. Wie diese Leute „arbeiten“, zeigt folgende Vorkälle: In einer Straße wird des Nachts aus einer Scheunenschuppen ein Schaf abgehoben. Zwei Jungarbeiter, die auf dem Nachhauseweg waren und nicht das geringste mit diesem Vorkalle zu tun hatten, wurden einfach von ein paar „Schwarzen Sularen“ gegriffen und bedrängt, den Schaf abzugeben zu haben. Einer dieser Waggons sagte dabei:

„Wenn wir unsere Waggons sehen hätten, würde einfach das aufgeschlagen. Es wäre keine mit dem Leben davon.“

Nun weiß jeder Arbeiter, mit wem er es zu tun hat. Die Jungarbeiter wissen die hoch Revolutionäre entscheiden zurück und gegen den Terror gehörig die Meinung.

Ist das der Dank des Vaterlandes?

In Weihenfels, der Residenz des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und früheren Gewerkschaftsleiters im GDA, Richard Krüger, ist seit dem 14. September 1932 auf dem Polizeigebäude der Wächter der Arbeit 18 wegen Raubmordes, Derselbe wurde in Deutsch-Walden (jetzt zu polnisch Oberhiesien gehörig) geboren. Als die Abkündigung vor sich ging, war R. 17 Jahre. Sein Vater hieß für Deutschland, Kämpfte mit im Grenzgebiet gegen Polen. Nachdem stecken ihn die Polen ins

sich wieder nach Weihenfels. Hier wurde er nun wegen Raubmordes am 14. September 1932 verhaftet und vom Schnellrichter in Lehn 30 Jahre in Haft verurteilt. Schon wie die Verhaftung vor sich ging, ist sehr interessant: R. war in der Wohnung seiner Frau. Derselbe war heimgang gegangen, und in dieser Zeit erliegen die Kriminalpolizei, Weid dieselbe nun auf ihren Anruf (vermutlich war R. eingeschlossen) seine Antwort bekam, öffnete sie einfach gewaltsam die Tür und verhafteten den R. Von dieser Zeit bis heute ist der Kessel nun ununterbrochen auf dem Polizeipräsidenten. Wie er nun behandelt wird, geht aus folgendem hervor: Lebensmittel bekommt R. nicht, außer, daß ihm seine Frau melde bringt. Das Kaffee soll er selbst bezahlen, wozu, sagt ihm die Polizei nicht. Infolge der mangelnden Kleinigkeiten hat er für eine Passivkrankheit ausgegeben. Verlässliche Behandlung hätte er, aber wie sah die aus. Er beschränkte sich bei dem Polizeiarzt und verlangte eine Visite. Der Arzt meinte, das würde zu teuer. Im Laufe der Unternehmung, als R. am Gewehrstand hinwies, meinte der Arzt, daß er sich wohl die Kaufkraft aus Rußland mitgebracht habe. Im übrigen verlangen wir für R. Kranfengeldposten.



polnische Beer, von so überfütterte und nach Deutschland kam. R. mocht schon längere Jahre in Weihenfels und fand kurz vor seiner Verheiratung mit einer Witwe. Im vergangenen Jahre wurde er aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen und ging nach Sachsen. Von dort wurde er wieder nach Thüringen abgehoben und, weil er dort keinerlei Unterführung bekam, wandte er

Das Essen ist ebenfalls nicht viel, sondern alles zu wüßigen übrig. Hier der „Speisetisch“: Morgens Kaffee und Brot und damit mal die Wäcker darin nicht, wird daselbst mit einer undefinierbaren Masse beschmiert. Mittags gibt es „Brotentrost“, das ist nämlich das, was guttunlich nicht aus dem Kessel herausgeht. Das Abendessen geht an, das nicht aber, weil das Präzidium selbst kochfertig ist.

Seine „Küche“ besteht nicht aus viel, sondern alles zu wüßigen übrig. Hier der „Speisetisch“: Morgens Kaffee und Brot und damit mal die Wäcker darin nicht, wird daselbst mit einer undefinierbaren Masse beschmiert. Mittags gibt es „Brotentrost“, das ist nämlich das, was guttunlich nicht aus dem Kessel herausgeht. Das Abendessen geht an, das nicht aber, weil das Präzidium selbst kochfertig ist.

Wir verlangen die sofortige Freilassung des R., um so mehr, als er sich nicht das geringste hat zuleiden kommen lassen, außer, daß er im Interesse Deutschlands gegen Polen gekämpft hat.

Am Raubmord und in der Presse propagiert man das Deutschland im Ausland und in der Praxis? Das Sorgen gegen R. reicht verdammt nach „Dank des Vaterlandes“. Aber unter dem heutigen System ist eine solche Behandlung der Minderheiten nicht veränderlich.

Landarbeiter, jetzt euch zur Wehr!

M.A. Schkopau. (25) Aus lauter Gnade und Barmherzigkeit“ hatte die von Rathschlitz Rittergutverwaltung Schkopau d. Merleburg eine Anzahl Leute eingekauft. Die treibende Kraft dabei war der Gemeindevorsteher Wermann. Zwar wollte der Junker billige und milde weibliche Ausbeutungsfelder haben. Die gibt es in der Gemeinde nicht. So wurden eben mangelndes vermittelt. Sie kamen aber nur Frauenlos. Anständig einigten sie sich nicht für landwirtschaftliche Arbeiten. Die Kollegen klagten beim Arbeitsgericht, um Männerlohn zu bekommen. Das ist ihr gutes Recht. Anders denkt die nur an den Profit interessierte Gutsovernahme. Aus lauter „Gutmütigkeit“ legte man pro Stunde noch 4 Pfennig dazu, so daß ganz 20 Pfennig Lohn pro Stunde gegeben wurde. Bei der schwerste körperliche Arbeit verzehrt werden. Badarbeiten, Feuer, Ernte, Rittererwerb ist nach Ansicht der Verwaltung des Gutes leichte Beschäftigung. Auch bei viel Nachschiff und Geduld mit den Leuten bei der Ausführung der Arbeit aufgestellt worden. Es fehlt nur noch, daß man die Hauptung aufstellt, daß von ihnen bei der Arbeit mehr Schaden als Nutzen angerichtet wurde, und

daß sie der Gutsovernahme noch Schoderer zahlen müßten. Dann hätte der Herr Inspektor Schorf alle Argumente zusammen, um eine Klage gegen die Arbeiter anzuführen.

Besonders wichtig ist das Verhalten des „Gutsrates“. Trotz dem die Erledigung keiner Betriebsfragen immer erfolgt wurde: „Wir haben unsere Vertreter niedergelagt.“ Ist er jetzt wieder da? Seine ganze Arbeit besteht aus der Unterführung der Summenabnahme gegen die Gutsovernahme. An der Spitze der „Betriebsrat“ steht der Rechnungsführer Kienström als stellvertretender Vorsitzender. Er vertritt sein Amt, da er in einer Betriebsratung folgenden Beschluß durchsetzt: „Der verarmte Betriebsrat“ in dieser Hinsicht mit der Verwaltung des Ritterguts Gefügung einigt.“

Er ist also einvernehmlich mit der untertänigen Besetzung der Arbeiter. Er unterführt also die Willkürmaßnahmen des Junkers. Eine solche „Betriebsvertretung“ muß beiseite gehen. Sofort muß die Belegschaft verlangen, daß der Betriebsrat zurücktritt. An seine Stelle muß ein Gutstrat treten, der für die Interessen der Belegschaft eintritt.

Wichtige Hungerdemonstration der Erwerbslosen von Hohenmölsen

M.A. Der Erwerbslosenaussschuß Hohenmölsen hatte am Donnerstag, dem 2. Februar zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung aufgerufen. Mehr als 300 Erwerbslose waren dem Ruf gefolgt. Mit klaren, einbeutigen Worten behandelte der Genosse A. vom Kreisarbeitslosenaussschuß das Thema: „Wie helfen wir uns zu dem Unterführungssabbat?“

Die durch Gendarmerie sowie Schupo von Weihenfels verurteilt war, wagte es nicht, den Zug aufzulösen. Auf dem Marktplatz waren annehmend 600 Erwerbslose versammelt, und als der Vorführer des GDA-Sprechers die Rundung mit einem dreimaligen 10 Prozent der Kinder an Grippe erkrankt find. Sollte die gegenwärtige ungenügende Witterung anhalten, so ist mit einem weiteren Steigen der Krankheitsfällen zu rechnen.

Eine Protestentscheidung gegen den Unterführungssabbat, sowie gegen das Demonstrationsterror der SPD wurde einstimmig angenommen. Die an die Verammlung anschließende geplante Demonstration wollte die Polizei verhindern mit der Begründung, die Verammlung der Hohenmölsener Erwerbslosen lese sich meist zu 90 Prozent Kommunisten zusammen. Als der Erwerbslosenaussschuß trotzdem die Demonstration erzwang, wurde von Seiten der Polizei verlangt, daß im Zuge nicht gelungen werden dürfe, sowie Wiederholte auf die Regierung verboten seien, ebenfalls dürfe bei der Abhülfsunggebung auf dem Marktplatz kein Redner sprechen. Der impulsive Demonstrationssog, in welchem mehrere Protestparteie mitgeführt wurden, setzte sich hierauf in Bewegung und die Erwerbslosen ließen es sich nicht nehmen Kampfeslieder zu singen. Ebenfalls wurden Hungertritte ausgeführt. Die Polizei,

„Zuerst (Saalfreis). Ein Bahnarbeiter von der Lokomotive tödlich überfahren. Der 22 Jahre alte pensionierte Eisenbahnarbeiter Wilhelm Brämisch wurde in der Nähe von Zörbig von einer Lokomotive erlegt und tödlich überfahren. Brämisch hatte an einer Verarmung der Freiwilligen Feuerwehr in Zörbig teilgenommen und befand sich auf dem Heimweg. Um sich den Weg abzukürzen, benutzte er den nach Zörbig führenden Seitenstreifen, wobei er allem Anschein nach das Herannahen des Zuges übersehen hat. Er wurde von der Lokomotive etwa 20 Meter mitgeschleift und dann die Schiene hinuntergeschleudert. Der Tod ist infolge der schweren Verletzungen an der Stelle eingetreten.“

Letzte Kurzmeldungen

Leipzig (Saalfreis). Ein Bahnarbeiter von der Lokomotive tödlich überfahren. Der 22 Jahre alte pensionierte Eisenbahnarbeiter Wilhelm Brämisch wurde in der Nähe von Zörbig von einer Lokomotive erlegt und tödlich überfahren. Brämisch hatte an einer Verarmung der Freiwilligen Feuerwehr in Zörbig teilgenommen und befand sich auf dem Heimweg. Um sich den Weg abzukürzen, benutzte er den nach Zörbig führenden Seitenstreifen, wobei er allem Anschein nach das Herannahen des Zuges übersehen hat. Er wurde von der Lokomotive etwa 20 Meter mitgeschleift und dann die Schiene hinuntergeschleudert. Der Tod ist infolge der schweren Verletzungen an der Stelle eingetreten.

Stettin (Mansfelder Seefreis). Beim Spielen tödlich von einer Lokomotive überfahren. Ein 10jähriger Knabe ist hier beim Spielen tödlich verunglückt. Er hat sich zusammen mit anderen Kindern am Dammbau der Grubenbahnstrecke am Werschlag einen Hohlweg gebaut, die infolge der starken Niederschläge einströmte und den Knaben unter ihr begrub. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Moskau (Saalfreis). Benzin in die Augen. In der Brennerlei des Ritterguts bekam ein Arbeiter beim Abfüllen von Benzin einige Zündkerzen eines Falles, Benzin in die Augen. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

SW macht nicht mehr mit

M.A. Merseburg. Die Merseburger SW, die unter Führung des betreffenden Sturmbannführers Dilsch steht, hat in den letzten Tagen wiederholt Überfälle auf rekonvaleszente Arbeiter verübt. Damit verliert dieser Führer, seine SW-Beute von den Differenzen, die innerhalb der Organisation bestehen, abzulernen. Selbiges geht aus Gesprächen von Nationalsozialisten ganz klar hervor. So sagte dieser Tage einer der Mitglieder der Merseburger SW, daß er erkannt hat, was die SW-Beute für eine Partei ist. Weiter wurde ganz öffentlich erklärt, daß er es satt habe, in dieser Partei zu bleiben, deren Verklammerung nur noch Verarmungsabende seien. Die Interessen der Arbeiter sind ja noch zu vertreten worden. Daran ändert auch die jetzt so großen Züge Adolf Hitler's nichts. Hitler kann ja auch nur solche Führer gebrauchen, die im Dödsch, willenslos die Geißel in den Händen der Oberführer sind. Dödsch verleiht keine Selbstlosigkeit durch um so größeres Maulaufbläuen. Aber die SW-Beute bekommt nach und nach einzusehen, daß die von ihnen Führer gemachten Verarmungsabende nicht eingehalten werden. Sie lassen sich nur immer als Terroraktionen gegen die Arbeiter aufziehen. Einige haben schon ganz offen gemeutert. Trotz allem muß die Merseburger Arbeiterpartei sehr nachsicht alle von den Nazis gemachten Schritte überdauern. Nur so wird sie sich in den künftigen Tagen gegen neue Überfälle sichern.

